

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heintz, Eiser, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Der Kaiser in Dresden.

Dresden, 6. September.

Der Kaiser und die Kaiserin trafen heute um 2½ Uhr von der Parade bei Schatz wieder hier ein. Im königlichen Schlosse fand um 5 Uhr Gala-Tafel statt.

Der große Campion- und Fackelzug mit anschließender Serenade setzte sich heute Abend um 7½ Uhr von der in der Neustadt gelegenen Hauptstraße aus in Bewegung; er bestand aus fünf Abtheilungen. Abtheilung A bildeten die Sänger des Julius Otto-Bundes und des Elbgau-Sängerverbandes, sowie der Dresdener allgemeine Musikerverein. Hier befanden sich auch die Herren des Auschusses, sowie die Presse. 500 Fackelträger begleiteten diese Abtheilung. Zug B setzte sich aus den Zünften, sämtlich mit Campions fahrend, zusammen. Der Zug C umfasste die Kaufmannschaft, die gewerblichen Vereine, die Kunstgenossenschaft, pädagogische und Lehrer-Vereine, die Bogen- und Scheibenschützen, die Bauhütte, die Buchhändler und Lithographen, die Bezirksvereine, den Hausbesitzerverein und den Fortbildungsverein für Arbeiter. Zug D bestand aus der königlichen Akademie der bildenden Künste, der königlichen Kunstgewerbeschule, der königlichen Bauschule, allen sämtlichen Gymnasien, Realschulen, Seminarien, Handelsschulen, Gewerkschulen, dem königlichen Konservatorium, den Ruder- und Radfahrervereinen. Der Zug E endlich gehörten zu den Militärvereine, die Kunstgenossen von 1870/71, sämtliche Geschützen der Fabriken und Etablissements, Feuerweh und Turner. Alle Teilnehmer trugen Campions und wurden an der Seite von 1000 Fackelträgern geleitet. Der imposante Zug bewegte sich über die Augustusbrücke nach dem Schlosse.

Vom Altan des Schlosses über dem Georgenthor, der den Ausblick bis nach der Neustadt gestattet, nahmen das Kaiserpaar und die königliche Familie die Huldigungen des einen herrlichen Anblick gewährenden und durch die Mitführung von Fahnen und dekorativen Emblemen gefälligen und malerisch belebten Zuges entgegen. Der Reichstagsabgeordnete Geh. Hofrath Ademann brachte ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf den Kaiser und die Kaiserin aus. Der weisse Dichtung „Dem Kaiser Heil“, Komposition und Direktion von Friedrich Reidel, eröffnete die Serenade, dann folgten „Blücher am Rhein“, das „Reiterlied“, „Höre uns, Germania“, und das „Abendlied“ von Hoffmann v. Fallersleben. Musik von Adam. Zum Schluss empfing der Kaiser den Oberbürgermeister Stölzel, den Stadtverordnetenrath Ademann und den Komposition Reidel und drückte dem Festausch seinen Dank aus. Kaufmann Arras überbrachte den Sängern den kaiserlichen Dank, welche hierauf ein dreimaliges Sängerkoch ausbrachten. Der Zug bewegte sich sodann durch die Stadt nach dem Pirnaischen Platz, wo derselbe sich auflöste.

### Deutschland.

Berlin, 6. September. Der evangelische Oberkirchenrath hat unter dem 20. August folgende Entschlüsse gefasst:

Am 1. November d. J. werden 350 Jahre verflossen sein, seitdem der kaiserliche Joachim II. im Jahre 1539 bei dem ersten evangelischen Gottesdienst in Spandau mit seinem ganzen Hof das Sakrament des heiligen Abendmahls aus der uralten empfangen und somit sich zur Kirche der Reformation bekannt hat. Se. Maj. der Kaiser und Königin haben auf unseren Vortrag mittels Allerhöchster Erlasse vom 24. v. Mts. uns Allerhöchste Aufträge erteilt, den Geistlichen unseres Reiches die Aufgabe zu erteilen, in der auf das Reformationsfest fallenden Predigt dieser Thatfache und der Bedeutung derselben in angemessener Weise Erwähnung zu thun.

Nach einer im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Verfügung des Königsberger Regierungspräsidenten unterliegt der Transport von Schweinen auf der Eisenbahn der Beschränkung, daß die Verladung innerhalb der nachbenannten Kreise nur auf folgenden Eisenbahnstationen und an allmählich höchstens zwei bestimmten Tagen erfolgen darf: im Kreise Allenstein: auf den Stationen Allenstein und Bartenburg; im Kreise Memel: auf den Stationen: Memel und Preußisch Eylau; im Kreise Königsberg: auf den Stationen Königsberg und Soldau; im Kreise Ostpreußen: auf den Stationen Ostpreußen, Olschienen, Schwenten, Puppen, Rastenburg und Grammen; im Kreise Ostpreußen: auf den Stationen Ostpreußen, Hohenstein und Biesseken; im Kreise Königsberg: auf der Station Rothkehl.

Die „Kb. Ztg.“ meldet unter Vorbehalt, daß der Kaiser eventuell am 16. oder 17. d. Mts. in Bismarck anwesend sein werde, nach dem die Mäander des 10. Korps in Hannover beenden sind. Dem Vernehmen nach soll den Hauptinhalt des bei Bismarck abzuhaltenen Wanders eines Kistenversteigerungs bilden, wobei der Angriff einer feindlichen Flotte als Voraussetzung gedacht ist.

Die Württemberger, welche sich in Posen angesetzt haben, senden der „Kb. Ztg.“ zufolge keine feindlichen Nachrichten in die Heimat, sie klagen über mangelhafte Unterstützung und verlangen weitere Vergünstigungen und Erleichterungen von der Anstaltskommission. Der Grund und Boden sei zwar befriedigend, aber theilweise arg herabgewürdigt, so daß erst durch eigene Mühe und Arbeit ein besserer Kulturzustand geschaffen werden müsse und für die nächsten Jahre reichliche Erträge nicht zu erwarten seien.

Die Sozialdemokraten entfalten bereits eine äußerst ruhige Agitation für die nächsten Reichstagswahlen. Ritzsch verbreitet sie zu diesem Zwecke wieder in großen Massen im Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Storow ein Wahlflugblatt. Neues finden wir zwar in den Ausführungen desselben nicht, es sind die alten, meist vom Freimann erfundenen Schlagworte in vergrößerter Manier; aber es verlohnt sich auf einige Einzelheiten hinzuweisen, um den Wahlkampf der Umfuhrt Partei dadurch zu charakterisieren. Zuletzt fällt die bekannte Behauptung in die Augen, daß der letztgewählte Reichstagsmann dem Großgrundbesitzer und dem Großkapital fortwährend neue Staatsunterstützungen — aus der Tasche und dem Schwelge der Arbeiter — zugewendet habe. Getreidepreise und Braunt-

weinsteuern, indirekte Abgaben auf die notwendigen Bedarfsartikel müssen zur Agitation Stoff liefern. Dann aber nimmt die Steigerung der Militärlasten einen breiten Platz in dem Flugblatt ein, und es heißt: „Welche Schaa von Menschen sind schon durch die bisher übliche zwangsweise Heranziehung zum militärischen Dienst um Stellung und Existenz, um die Gelegenheit, sich eine Familie zu gründen, gekommen! Wie werden die Armeen des Glanz erst wachsen, wenn die Folgen der noch schärferen Heranziehung sich geltend machen! Welch ein Wehgeschrei wird sich erst erheben, wenn diese Menschenmassen einmal ins Feld rücken müssen, nicht aus eigenem Antrieb, sondern um die Sünden unserer Staatsmänner zu büßen, und um deren Ehrgeiz zu befriedigen.“ Ganz abgesehen von Mangel an Patriotismus, der sich in diesen Sätzen offenbart, stellt diese Ausführung doch den „kleinen Leuten“, an welche das Wahlflugblatt gerichtet ist, ein arges Armutszeugniß aus. Wie leichtglaublich muß jemand sein, der die Deklamationen solcher Leute ernsthaft nimmt, die mit den Franzosen eben erst fraternisirt, mit denselben Franzosen, welche „um die Sünden ihrer Staatsmänner zu büßen“ und um ihren Ehrgeiz, ihre Nachfolger zu befriedigen, schon längst über uns hergefallen wären, wenn nicht eben dieses starke Heer ihnen Furcht einflößte. Aber auch die praktische Seite, welche sich aus der „zwangsweisen Heranziehung dieser Schaa zum Militärdienst“ ergibt, sollten die Arbeiter berücksichtigen; denn die von der Sozialdemokratie so bitter beklagte Konkurrenz der Arbeitslosen würde sich unendlich mehr, wenn, wie es das Wahlflugblatt zu fordern scheint, das Heer aufgelöst würde, wenn dann diese Hunderttausende die jetzt der Staat als Soldaten ernährt, die feiernde Schaar der Arbeiter vermehren! Das Flugblatt läßt sich weiter aus: „Welcher kleine Landwirth wäre heute noch sicher, daß er seinen Besitz dereinst auf seine Kinder vererben kann! Welcher kleine Besitzer könnte behaupten, daß er bis an sein Lebensende Meister bleiben und nicht in das Proletariat herabfallen wird?“ Wir meinen, daß die etwaige Unsicherheit der Verhältnisse weitestgehend durch die Willkür der Sozialdemokratie herbeigeführt worden ist. Der kleine Landwirth, der Handwerksmeister, gerade sie mögen nur bedenken, daß das Zukunftsbedenken des Sozialistenstaates die Vernichtung jeden Eigenthums, jeder Selbstständigkeit bedeutet. „Und du Arbeiter“, heißt es in dem Flugblatt, „hat man dich nicht systematisch daran gehindert, dir bei den steigenden Preisen und Steuern auch einen entsprechend steigenden Lohn zu verschaffen? Hat man dir durch die Streikverbot und Ausnahmegeetze nicht jede Möglichkeit geraubt, dich mit deinesgleichen zu gemeinsamem Vorgehen zu verbinden, mit ihnen deine Lage zu beraten und zu verbessern?“ Angesichts der Lohnbewegungen in letzter Zeit solche Klagen laut werden zu lassen, ist wahrlich mehr als naiv, und es dürfte den Arbeitern schwer fallen, diese Klagen in irgend einem Punkte zu begründen. Freier als bei uns zu Lande bewegen sich doch wahrlich die Arbeiter — trotz Streikverbot und Sozialistengesetz — selbst in dem „freien“ England nicht!

Gegenüber der vom „Oberst. Aus.“ gestern eröffneten Ansicht auf halbe Milderung des Schweineeinfuhrverbots meldet ein Doppelner Berichterstatter unter dem 5. September, daß alle Versuche der zuständigen Behörden, Oberleutnants, mindestens eine Erleichterung durchzuführen, bisher fruchtlos gewesen sind. Selbst die Festsetzung der Einfuhr von ungarischen Schweinen über andere Stationen als Döberitz ist nur für das nachweislich vor dem 27. August bestellte Material ausnahmsweise nachgelassen, russische Schweine sind lebend überhaupt nicht zugelassen. Der Doppelner Berichterstatter warnt davor, den Teufel der Umruhe an die Wand zu malen. Arbeiterunruhen würden die Lage nur verschlimmern, denn in wenigen Stunden würde Oberleutnant mit Militär dicht besetzt werden, dessen Anwesenheit den Preis der Lebensmittel noch steigern würde. Nur durch Betimmung der Grenzöffnung mit ruhiger Beharrlichkeit lasse sich ein Erfolg erzielen und werde nicht ausbleiben.

Das Kanonenboot „Alis“, Kommandant Kapitän-Lieutenant Meyer, ist am 4. September v. c. in Haldatsch eingetroffen und beabsichtigt am 17. September v. c. die Weiterreise nach Kobe anzutreten.

Aus Schlesien, 5. September, wird der „Kb. Ztg.“ geschrieben: Nach Beendigung der rheinisch-westfälischen Vohlbewegung haben die dortigen Arbeiter dem Verlangen nach einer Einwirkung lauten Ausdruck, welche die Bezeichnung „Ehrenrath“ trägt. Diese von den westfälischen Hüttenarbeitern gewählte Einrichtung besteht schon seit längerer Zeit auf der im Kreise Sprottau bei Kogenau gelegenen Marienhütte und hat sich dort außerordentlich bewährt. Dieser Ehrenrath ist in folgender Weise organisiert: Er wird auf jedem der beiden Werke der Marienhütte von je 15 Mitgliedern gebildet und auch „das Ältestenkollegium“ genannt. Dasselbe wird von den Arbeitern gewählt. Jedes Mitglied kann jeder Arbeiter werden, welcher mindestens 5 Jahre auf einem Werke selbstständig thätig gewesen ist und sich im vollen Besitz der staatsbürgerlichen Rechte befindet. Das Ältestenkollegium schlichtet Streitigkeiten der Arbeiter unter sich. Es verfügt über Abtheilung, Geldstrafen, Androhung des Antrages auf Entlassung und schließlich Ausführung dieser Drohung. Ferner berät das Kollegium über Fragen des materiellen und geistigen Wohles der Arbeiter. So muß jeder Arbeiter des Werkes, der sich verheirathen will, einen Konsens vom Ältestenkollegium einholen. Dasselbe verweigert die Erlaubnis, wenn die Brautleute zu jung und unerfahren, insbesondere das Mädchen schlecht erzogen und beständig im Fabrikbetrieb beschäftigt, ohne Kenntniß dessen geblieben ist, was zum Haushalte gehört, wenn keine Baarmittel zur Beschaffung der Einrichtung vorhanden sind u. s. w. Das Kollegium gestattet ferner keinem Arbeiter, unmittelbar nach der Eheschließung ins Wirthshaus zu gehen. Allen solchen Befehlen ist unbedingt Folge zu geben, und bis jetzt ist es nur selten zu einer Aufsehung gegen den Spruch desselben gekommen; in solchen Fällen erfolgt sofort Ausschluss aus dem Hüttenverbande. Die Verwaltung des Werkes hat fast stets die Beschlüsse des Ehrenraths befolgt; sie bezeichnet diese Einrichtung als durchaus nützlich und sagt u. A.: „Maßvolle Haltung der Arbeiter, verständige Ansprüche und bedingungslose Achtung vor den bestehenden Verordnungen führen stets

glatt und leicht zu einer Verständigung, wascheinbar eine Verschiedenartigkeit der Interessen obwaltete.“

Der französische Justizminister Thevenet hat laut telegraphischer Meldung aus Paris die Bischöfe durch ein Rundschreiben aufgefordert, die Geistlichen anlässlich der bevorstehenden Wahlen daran zu erinnern, daß es dem Klerus verboten sei, bei der Ausübung priesterlicher Funktionen irgendwelche politische Parteipartei anzunehmen. Die Regierung werde nicht säumen, gegen diejenigen Mitglieder des Klerus mit Strenge vorzugehen, welche diese Verhaltensvorschriften übertreten sollten, auf deren Beobachtung seit Abschluß des Konkordats von allen Regierungen Frankreichs bestanden worden sei.

Frankfurt a. M., 6. September. Der „Finanzherold“ erzählt aus Chemnitz, daß ein allgemeiner Streik der Kettenstuhl-Arbeiter in der Gegend von Burgstädt beabsichtigt werde.

München, 5. September. Die Generalversammlung der deutschen Schillerstiftung hat Weimar zum künftigen Vorort gewählt.

Nürnberg, 6. September. Nach dem „Frankfurter Kurier“ wird bei dem Kasernenbrand in Bayreuth Brandstiftung vermutet. Der Schaden wird auf 120,000 Mark geschätzt.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. September. Der Minister der öffentlichen Arbeiten und Kommunikation, Baroff, hat sich nach Döboda begeben, um dort der Eröffnung der Arbeiten zur Regulierung des „Eisenen Thores“ beizuwohnen, und hat heute von einer festlich geschmückten Tribüne aus den ersten Sprengschuß abgefeuert.

### Frankreich.

Paris, 4. September. Wie verlautet, widerstrebt Carnot dem Annehmen seiner Minister, gelegentlich der Wahlen eine Anrede an die Franzosen zu richten. Er findet, daß sich dies mit der ihm durch die Verfassung auferlegten Parteipolitik nicht verträgt. Das Beispiel Mac Mahons, welcher nach der Kammerauflösung 1876, eine solche Anrede hielt, kann ihn schwerlich zur Nachahmung bestimmen. Obwohl sich Carnot jetzt großer Volksmächtigkeit erfreut, würde sein Eintreten für die republikanischen Bewerber mehr schaden, als nützen. Die Gegner würden dasselbe ausgiebig gegen Carnot und die Regierung ausbeuten, zu welchem Zweck sie nur das Selbstbewußtsein und die Eitelkeit der Wähler anzufachen brauchen.

Bei der letzten Weltausstellung, 1878, brachte die Pariser Verbrauchsteuer eine Mehreinnahme von 67 Millionen. Dieses Mal haben die ersten acht Monate gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 7,414,364 Franks ergeben, so daß das ganze Jahr wohl 10 Millionen Steigerung aufweisen wird. Insofern hat der Gemeinderath eine solche erwartete und deshalb für die ersten acht Monate eine Mehreinnahme von 7,196,557 Franks angesetzt und dem entsprechend auch die Ausgaben gesteigert. Die allgemeine Finanzlage der Stadt erfährt in Folge dessen keine Besserung. Die Weltausstellung verursacht der Stadt etwa 1½ bis 2 Millionen Franks Mehrausgaben, sowohl für ihre Beteiligung an derselben, als für Feste im Rathaus, für das Festmahl der Maires u. s. w. Gegenwärtig läßt die Stadt im Industriepalast ein großes Theater aufrichten, um am 14., 15. und 16. September eine von Fräulein Holmes gedichtete Ode an die Republik aufzuführen. Die Sache wurde erst in letzter Zeit beschlossen; sie verursacht 300,000 Franks Ausgaben.

Die Steigerung des Brauntweinpreises in Frankreich wird mit der Milderung der natürlichen Volksmehrung in Zusammenhang gebracht. Im Jahre 1860 wurden 891,500 Hektoliter Alkohol aus Trauben und Früchten, sowie 76,000 aus Körnern, Knollengewächsen u. s. w. gebrannt. 1871 sind es nur noch 62,000 Hektoliter der ersten Gattung, aber 1,760,000 der zweiten. Getrunken wurden 1,446,000 Hektoliter, was etwa 4 Millionen Hektoliter Trinkbrauntwein ausmacht. Seither hat sich der Brauntweinverbrauch auf das Doppelte gesteigert. In den Weinbergen wird immer noch weniger Brauntwein getrunken, während in den Departements ohne Weinbau der Verbrauch dafür bis zu 35 bis 40 Liter auf den Kopf steigt.

Paris, 6. September. Dem Vernehmen nach sind der russische Oberst von der Popen und ein schwedischer Lieutenant die einzigen fremdbürgerlichen Offiziere, welche den großen Kavallerie-Märschen im Lager von Chalons beiwohnen werden.

### Italien.

Rom, 6. September. Während die vatikanischen und ein Theil der französischen Organe unaufhörlich behaupten, die Wirksamkeit des italienischen Konseilspräsidenten einer abfälligen Kritik zu unterziehen, weil ihnen sehr wohl bekannt ist, ein wie gefährlicher Widerstand Crispi für die Gegner der Erklarung des italienischen Einheitsstaates ist, gewinnt der Konseilspräsident immer mehr Anhänger im Lande. Könnte noch vor einer Reihe von Jahren darauf hingewiesen werden, daß die Insel Sicilien mit dem italienischen Festlande keineswegs in patriotischer Gesinnung weiterführe, so ist es seit der Berufung Crispi zur Regierung gerade Sicilien, welches sich in dieser Hinsicht auszeichnet. So traf in diesen Tagen, wie in der heute vorliegenden „Riforma“ gemeldet wird, in Rom eine Deputation aus Palermo ein, welche dem Konseilspräsidenten das Gesuch übermittelte, an einem ihm zu Ehren von seinen Wählern veranstalteten Bankett theilzunehmen. Den Wählern hatte sich eine große Anzahl sizilianischer Municipien, politischer Gesellschaften und Arbeitervereine der Insel angeschlossen; die Deputation selbst bestand aus den Senatoren D'Erzgo zu Verbure, Fürst di Salvo und den Deputirten Finocchiaro, Aneto-Bogero und di Camporeale. Nachdem diese Deputirten dem Konseilspräsidenten von den freiwilligen und zahlreichen Zustimmungserklärungen Mittheilung gemacht hatten, gab Crispi seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß sein politisches Verhalten von der Bevölkerung sehr übereinstimmend mit den Interessen und den Bestrebungen des Landes erachtet wurde. Der Konseilspräsident erklärte sich denn auch bereit, in der ersten Hälfte des Oktober an einem Bankett in Palermo theilzunehmen. Bei dieser Gelegenheit wird Crispi jedenfalls auch wieder eine große politische Rede halten. Inzwischen zeigt sich auch, daß die Mel-

dungen über eine finanzielle Krise in Italien stark übertrieben waren. In dieser Hinsicht wird weiter gemeldet:

Rom, 6. September. Die finanzielle Kombination, welche vorgeschlagen war, um der Banca Tiberina zu Hilfe zu kommen, ist von der Regierung genehmigt worden.

### Großbritannien und Irland.

London, 4. September. Der am Montag in Dundee zusammengetretene 22. Jahreskongreß der britischen Gewervereine zeigt eine so große Theilnahme, wie sie bisher noch nicht erreicht worden ist. Auf dem kisherigen Kongreß waren durch 34 Beauftragte noch nicht ganz 120,000 Arbeiter vertreten. Doch die Theilnahme am britischen „Arbeiter-Parlament“ wuchs mit jedem Jahre, und im verflochtenen vertrat in Bradford 165 Delegirte nicht weniger denn 816,344 Gewervereins-Mitglieder. In Dundee sind deren aber neuer 885,655 durch 210 Delegirte vertreten. Man hat der Dundee Versammlung aus einem ganz bestimmten Grunde mit ungewöhnlicher Spannung entgegengeesehen. Es giebt bekanntlich in den britischen Gewervereinen seit Kurzem eine lebendige Unterströmung, welche im Gegensatz zu der alten liberalen Politik des geschäftsführenden sogenannten „Parlamentarischen Ausschusses“ sich in enger Deengemeinschaft mit dem festländischen Sozialismus weilt. Zwischen dieser jungen Richtung und dem Ausschusse ist es im Laufe des Jahres nun aber namentlich wegen der Theilnahme der britischen Gewervereine an dem internationalen Pariser Arbeiterkongreß zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen, und man hat angenommen, daß die Dundee Zusammenkunft in diesem vorübergehenden Streit zu einer Entscheidung führen werde. Doch die einflussreichen Häupter der neuen Richtung, vor allen John Burns, wurden durch den Hafenarbeiterausstand in London zurückgehalten. Die in Dundee anwesenden Sozialisten Herr Harvie, Newstead, Blackwell u. s. w. haben sich in Folge dessen zunächst auf einen Angriff auf den Abgeordneten Henry Broadhurst, den Sekretär des „Parlamentarischen Ausschusses“, beschränkt, und zwar nachdem sie durch Herrn George Shipton, den Vorsitzenden des Ausschusses, wie auch durch Broadhurst selbst zu einem Vorgehen gegen beide deutlich genug herausgefordert worden waren. Herr Shipton spielte nämlich in seiner Eröffnungsrede sehr scharf auf gewisse „systematische und böswillige Angriffe“ an, während Herr Broadhurst diesen Angriffen sogar einen sehr wesentlichen Theil seines Jahresberichts widmete. Die von Herrn Schriftfessler Newstead und Blackwell beantragten, den Bericht nur unter Begünstigung dieses Theils entgegenzunehmen, worüber sich eine sehr erregte Debatte entspann, in deren Verlauf unter anderen auch der Abgeordnete Fenwick das Vorgehen des Ausschusses in Sachen des Pariser Kongresses entschieden mißbilligte, indem er erklärte, daß der Kongreß, wie die Zukunft zeigen werde, Großes und Gutes für die Sache der Arbeit geleistet habe. Er war indessen der Ansicht, daß der Ausschussbericht nichts Ungehöriges enthalte. Bei der Abstimmung gelangte der Bericht denn auch mit 142 gegen 17 Stimmen zur Annahme. Der frühere Abgeordnete Wilson beantragte hiernach für Broadhurst ein Vertrauensvotum, während Herr Keir die folgenden Antrag stellte:

„Der Kongreß, von der Thatfache Akt nehmend, daß unter den Gewervereinsmitgliedern dieses Landes eine starke Mißstimmung gegen den Herrn Abgeordneten Henry Broadhurst besteht, weil derselbe bei Wahlen Männer, die als Ausbeuter und unbillige Arbeitgeber bekannt sind, unterstützt und nach seiner eigenen Erklärung darin unbeteiligt fortzuführen will, und weil er ferner gegenstandsmäßigen Aktien von einer Gesellschaft beiseite hat, von welcher Arbeiter übermäßig lange angepaßt und unter Tarif bezahlt werden, erklärt, daß Herr Broadhurst keine geeignete Person für das Amt eines Sekretärs des parlamentarischen Ausschusses der britischen Gewervereine ist.“

Nach einem langen und heißen Redegehecht und einer äußerst geschickten Vertheidigung Broadhursts wurde die Mißtrauenserklärung mit der überwältigenden Mehrheit von 177 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Aus den Verhandlungen der drei ersten Tage ist im Uebrigen hervorzuheben, daß die berühmte Präsidentenrede des gewählten Kongreßpräsidenten Ritchie (Dundee) das Vorhandensein eines Geistes befähigt wachsender Unzufriedenheit unter den arbeitenden Klassen hervorhob und aus folgenden Ursachen erklärte: 1) ungenügende und unbillige Arbeitsverhältnisse, 2) ungleiche Vertheilung der Früchte der Arbeit zwischen dem Arbeiter und dem Kapitalisten, 3) immer größer werdende Schwierigkeit für den gebildeten Lohnarbeiter, einen Lebensunterhalt zu erlangen. Als einen ersten Schritt auf dem Wege der Besserung verlangt er den geistlichen Achtungstag, dann freie und technische Jugendberziehung sowie eine selbstständige und unabhängige Arbeiterpolitik; dadurch allein sei ein zum Wohle aller gereicherer Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit zu erlangen. Die 1888 in Bradford, 1887 in Swansea und 1886 in Southport gehaltenen Präsidentenreden waren, was erwähnt werden muß, viel radikaler; Ritchies Ausführungen befanden sich indessen in einem nicht zu verkennenden Gegensatz zu dem Bericht des „Parlamentarischen Ausschusses“, welcher die Gewervereine zu dem allgemeinen Arbeitsauschüsse im ganzen vereinigten Königreiche beauftragte, somit mit großer Genehmigung auf die einflussreiche Stellung hinweist, welche die Gewervereinsorganisation, Dank ihren Beziehungen zu der großen liberalen Partei, im öffentlichen Leben errungen habe. Man fände heute Gewervereinsvertreter in Regierungsdepartements, in königlichen Ausschüssen, als Friedensrichter, als Inspektoren für Fabriken, Werkstätten und Gefängnisse, er habe eine wichtige Stellung im Gewerbereich (Board of Trade, welchem der Gewervereinsführer John Burnett als Arbeitskorrespondent angehört) inne, und die Gewervereinsvertreter im Unterhaus übten dort eine einflussreiche Thätigkeit aus. Mit der Erledigung der eigentlichen Kongreßarbeiten wurde erst heute begonnen, und in erster Linie der Beschluß gefaßt, daß das geplante neue Parteiprogramm auf die Seeleute auszuweihen sei. Ferner wurde beschlossen, daß die Ausdehnung des englischen Gesetzes über die Unter-

suchungen des Reichensbeschauers auf Schottland verlangt werden müsse. Alsdann fand eine lange Besprechung der oft erörterten Frage der Parlamentswahl statt. So lange die Mitglieder des Unterhauses nicht bezahlt würden, so erklärte Herr Fenwick, wäre eine ganze und gerechte Vertretung der Arbeit im britischen Parlamente ausgeschlossen.

### Serbien.

Aus Belgrad wird der „Nat.-Ztg.“ vom 3. d. Mts. geschrieben:

Ich melde Ihnen bereits am 26. v. Mts., daß die Königin Natalie das Kommando über das zwischen ihr und der Regentenschaft verhandelt worden, angenommen habe und ihre Hierherkunft binnen Kurzem bevorstehe. Der König sei es vorerst überlassen darum zu thun, wieder hierherzukommen. Dieser Bericht wird nun durch die Thatfachen bestätigt. Die Königin dürfte sich in diesem Augenblicke bereits auf der Hierherreise befinden. Allerdings heißt es, sie werde nur als Privatperson hier erscheinen; die Regentenschaft sucht durch diese Auslegung den Mißerfolg zu bemänteln, den die direkten und indirekten Verleumdungen, die Königin von hier fernzuhalten, erfahren haben. Hätte man in der Erkenntnis, daß es kein geistliches Mittel gebe, die Hierherkunft der Königin hintanzulassen, die erwähnten Verleumdungen unterlassen, so wäre ihre Rückkehr vielleicht kein sensationelles Ereigniß geworden. Heute liegt die Sache anders. Mag ein offizieller Empfang unterbleiben, mag die Königin auch in einem Privatpavillon absteigen, so weiß sie doch recht gut, daß ihre Anhänger, die Gegner der Regentenschaft, dafür zu sorgen wissen werden, ihre Hierherkunft in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen als in dem der Ankunft einer Privatperson. Zudem wird ihre Ankunft mit der Wahlbewegung zusammenfallen und deshalb für den Anfang wenigstens den Charakter eines Ereignisses tragen. Auch wird sich schwerlich verhehlen lassen, daß die Stupida nicht ihre künftige Stellung zum Gegenstande einer Debatte machen wird. Nichtsdestoweniger thäte man Unrecht, der Rückkehr der Königin eine übermäßige Bedeutung beizumessen. Sie erhalte eine solche nur durch unglückes Benehmen ihrer Gegner. Je mehr Gleichgültigkeit man ihrem Erscheinen entgegenbringt, desto weniger wird dasselbe zu einer Bedeutung gelangen.

Der Redakteur des Wochenblattes „Borac“ („Der Streiter“), Herr Nikola S. Jovanovic, Gräber und Führer der neuen selbstständigen liberalen Partei in Serbien, wurde am 5. August von König Milan in Audienz empfangen und veröffentlicht den Inhalt seiner Unterredung mit dem König in seinem erwähnten Blatte. Herr Jovanovic war ursprünglich als Liberaler und gleichzeitig ein warmer Anhänger Ritchie und ein entschiedener Gegner des Königs Milan. Später änderte Jovanovic seine politischen Anschauungen; er wurde Ritchie-Gegner und Parteigänger des Königs. Ueber seine Audienz bei König Milan erzählt er, daß ihm der König zuerst erklärte, er habe die Absicht gehabt, seinen Journalisten zu empfangen. Aber sein Entschluß habe ihm nicht viel geholfen. Die Journalisten, die nicht zu ihm gelangen konnten, hätten von gewissen Plänen und Absichten zu schreiben begonnen, und da habe er sich gefragt, ob es nicht besser sei, daß er selbst sage, was er denke, als daß die Welt sein Schweigen für ein Geheimniß ansehe. Herr Jovanovic legte nun dem Könige auseinander, welche Bedeutung zu seinen Gunsten in der öffentlichen Meinung eingetreten sei und daß eine radikale Wendung eintreten würde. Die Radikalen hätten nicht den Hoffnungen entsprochen, welche das Volk auf sie setzte. Er müsse selbst als Freund der Radikalen bis zum 14. und 15. Mai, überhaupt als selbstständiger Mensch bezeugen, daß die Radikalen die Erwartungen des Volkes getäuscht hätten, daß sie schlechter als die Ritchies, schlechter als die Garachaninische und sogar schlechter als die Christliche Regierung seien. Das ergebe sich aus dem fastigen Stande der Dinge im Lande. Unter den früheren Regierungen habe man bloß den Druck von Oben empfunden, heute leide und jammerne man sowohl unter dem Druck von Oben, als auch unter jenem von Unten. Habe man unter Nikola Christic den sogenannten weißen Schreden erduldet, so hätte man nun den weißen und den roten, nebst den alten Plagen und Verfolgungen der Behörden noch die Tyrannei der Waffen, das Elend auf der Gasse, die Anfälle der Bagaden, die Gewalt und den Uebermuth des Proletariats. Die Wälder seien voll von Räubern, die Dörfer voll von Hebern, die Straßen voll von Mördern, während die Behörde nirgends zu finden oder nur so zu finden sei, wie in Belgrad am 14. und 15. Mai d. J. Es sei wahr, das Ritchie, Garachanin und Christic mit ihren Widersachern angerathen hätten, aber sie seien nicht, wie heute die Radikalen, auf die Vernichtung der Opposition ausgegangen. König Milan versicherte dem Journalisten, daß er ihm vollkommen Glauben schenke, und hielt ihm dann eine kleine historische Vorlesung über die Eigenthümlichkeit der Serben, mit jeder Regierung unzufrieden zu sein. . . . Das Unglück liegt nicht darin, sagte Milan, daß die Majorität nicht zu regieren versteht, oder daß die Minorität nicht regieren kann, sondern darin, daß hier kein System von der Welt gegeben kam, weder die Majorität, noch die Minorität, weder Einer, noch Alle, weder Obenreichs, noch Naragorgiebis — Niemand. Ich als Serbe fürchte, daß Europa eines Tages auf Grund unserer eigenen Erfahrungen und Zeugnisse sagen wird: „C'est un pays ingouvernable!“, und dann hat es für uns abgeläutet. Wie ich es neulich erklärte, so wiederhole ich es Jönen: Ich will an dem gegenwärtigen Stande der Dinge keinen Antheil und auch keine Verantwortung übernehmen. Geht das verfassungsmäßige System — was ich nicht wünsche — unter, dann fällt die Sünde auf die Seele der Liberalen, Radikalen, Fortschrittler und wie ihr noch heißen mögt.

### Rumänien.

Konstantinopel, 6. September. Die Ferte hat nunmehr den vor drei Monaten von der armenischen Nationalversammlung gefaßten Beschluß genehmigt, wonach von der Mitgliedschaft bei dem Vainrathe des Patriarchats alle Regierungsbeamte ausgeschlossen sind.

Der Prozeß gegen den Kurdenführer Mustafa Bey ist im Gange; der Untersuchungsrichter hat mit der Vernehmung der Mitglieder der armenischen Deputation aus Bittis begonnen.



